

Saale-Beitung.

weder die Gallenleiste oder deren Mann mit 30 Pfg., solche aus Halle mit 20 Pfg. berechnet und in der Geschäftsstelle, von unseren Annahmestellen und allen Kassen-Expeditionen angenommen. Meldden die Seite 75 Pf. Erscheint wöchentlich postfrei; Sonntag und Montag einmal, sonst zweimal täglich. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Gr. Braunschweiger 17; Nebengeschäftsstelle: Markt 24.

Bezugspreis
Die Halle vierteljährlich 2,50 M., bei monatlicher Aufstellung 2,75 M., durch die Post 3,25 M., auswärts Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostämtern angenommen. Zu amtlichen Zeitungs-Beziehungen unter „Saale-Beitung“ eingetragen.
Für die Redaktion verantwortlich: Verleger:
Dr. Wilhelm Hüner in Halle.
Erscheinenszeiten von 10^h bis 12^h, Mär.
[Zentralredaktion: Schriftleitung Nr. 2532. — Geschäftsstelle Nr. 178.]

Hundertdreißigster Jahrgang.

Nr. 186.

Halle a. d. Saale, Donnerstag, den 21. April

1904.

Unser Blätchen an der Sonne.

Als zum ersten Male die schwarz-weiß-rote Flagge unter der glühenden Tropen Sonne von Kamerun und Angola Penena flatterte, da ging ein Hochgefühl, ein Gefühl, wie man es etwa hat, wenn ein Brief mit einer unerwarteten Ehrung oder Beförderung plötzlich auf dem Tisch liegt, durch weite Kreise des deutschen Volkes. Auch die Skeptiker wurden mit fortgerissen. In allen Eingelagerten und Paradiesen wogelte oder jubelte man über Nacht Weltmacht geworden und wie der Traum eines fernen Paradieses dem Grunde von der deutschen Verbrüderung mit dem tropischen Naturmenschen durch die Seele.

Heute ist dem Traum das Erwachen, der Luft der schimmliche Regenjammer gefolgt. Damit ist jene ungemessene Stimmung zur Herrschaft gelangt, die der Hausvater bei Präsentation der Schlussrechnung eines langen Badeaufenthaltes zu haben pflegt. Schreden und Stammen! Verloren ist das schmeichelhafte Gefühl, wie ehrenvoll es ist, die deutschen Majanden oder Tropenhelme im fernen Afrika oder Ostasien zu wissen, verbunden die Hoffnungen, daß aus der Kolonialen Saat eine wirtschaftliche oder politische Ernte emporzusprießen werde, die den heißen Kampf ums Dasein im überfüllten Heimatlande durch Auswanderung erleichtert, die ein zweites Deutschland über See erheben läßt, das nicht nur von der Größe des deutschen Namens in fernen Weltteilen Zeugnis ablegt, sondern auch ein gut zahlender Abnehmer für unsere heimischen Produkte ist und uns für die Beschaffung unserer Rohprodukte eine sicher fließende Quelle wird. Alle Hoffnungen sind an der unratigen Kolonialen Leitung in Berlin, an dem Mißgeschick der Verwaltung in den Kolonien selbst, an der Zurückdrängung des kaufmännischen Elements, an dem Mangel zielbewusster Pläne der obersten Leitung, gescheitert. Schließen ist lediglich tiefe Niederdeckschlagenheit über die endlose Kostenrechnung.

Diese Stimmung machte sich auch geltend im Reichstage in den Verhandlungen über eines unserer wichtigste Blätchen an der Sonne, über Ostasien und die dort von Deutschland unterhaltenen Besatzungen. Ausgaben auf Ausgaben erfordert die Haltung der dortigen Soldaten, die nur dazu da sind, rasch von Shanghai oder Tientsin herbeizulen zu können, wenn wieder den Drogen der Appetit auf Christenmaschafres kommen sollte. Nun ist gewißlich der jetzige Augenblick gefährlich, die Besatzung zurückzuziehen. Keine Partei außer den Sozialdemokraten vertritt denn auch diesen Standpunkt. Die Zurückziehung könnte den Mut jener unsicheren Elemente in China schüren, die nur darauf warten, daß Japan zu Lande einmal gründlich heimgeht und wird im alten Europäerpaß eine Razzia auf unsere deutschen Kaufleute und Missionäre in Sene zu legen. Unsere Besatzung in China ist nicht als dauernde Einrichtung gedacht — vertriebe eine — über das anderemal Herr v. Nöthlings. Aber wann sie heimkehren kann — ach das liegt in weiter Ferne! Und darum braucht nur eine solche Katastrophe hinzukommen, wie wir sie jenseits in Südwestafrika durchmachen, um dem deutschen Volk von neuem die herrliche Frage an die Regierung auf die Lippen zu drängen: Sowie hat uns unsere Kolonialpolitik schon gekostet — was ist denn dem deutschen Volke nun hierfür geleistet worden? Seite acht im Reichstag der Kolonialrat zur Beratung.

und da wird von den verschiedensten Seiten des Hauses diese Frage an die verantwortlichen Leiter unserer Kolonialverwaltung gestellt werden. Diese Frage nach der Bilanz unserer Kolonialpolitik ist uns heute die allerwichtigste, die Frage, ob es mit der Kolonisierung à la Prinz Arrenberg oder Leitz, mit dem Hinausjagen von Leuten in befehlshaberische Stellungen nach Südwestafrika wie Major von Glatenapp, die den Krieg gegen die Hereros nicht viel anders zu führen scheinen als ein Wandler auf dem Tempelhofer Felde, ob die Vernachlässigung des kaufmännischen Elements in der Verwaltung und der Mangel klarer konsequenter verfolgter Ziel in der obersten Leitung so weiter gehen soll, kurz ob die Ausgaben den Ertrag gelohnt haben. All diese kritischen Fragen dämpfen heute jeden kolonialen Enthusiasmus, jede koloniale Schamacherei, wie sie uns ein Gallisches Blatt aus dem von uns mitgeteilten Vorschlag eines alten Südwestafrikaners über die Abrechnung mit den Hereros unterbreiten möchte. Kolonialpolitik nach sozialdemokratischem Rezept, wie sie dieses Blatt empfiehlt, hieße den Luxus deutscher Verwaltung in Südwestafrika lediglich deshalb zu unterhalten, um Herrschenslust zu pflegen. Dazu sind wir viel zu arm, und auf dem Hereros könnten wir ebenbürtig rechnen. Dann lieber hinaus ins Afrika! Wie die Dinge jetzt stehen, müssen wir sorgen, nach den nächsten Geldausgaben der letzten Wochen nicht nur auf unsere Kosten, sondern vor allem, was im Grunde daselbst ist, zu einem dauernden Frieden zu kommen. Vielleicht hat die Sozialdemokratie billigere Gegenvorschläge, sie sind wie alle praktischen Vorschläge, wie wir aus der Kolonialmiserie hinauskommen, höchst willkommen und sorgfältiger Erörterung sicher.

Dem Reichstag liegt die Denkschrift über unsere Kolonialverwaltung vor. Sie besteht aus einer Sammlung von Zahlen und wieder Zahlen, meist mit Nullen und wieder Nullen daran, so daß es einem bei der Lektüre vor den Augen flimmert. Der Reichszuschuß zu den Kolonien betrug in den letzten acht Jahren, von 1896 bis 1903, 110,885,000 Mark! Wovon sind weitere etwa 60 Millionen angewendet worden, und der Ankauf der Karolinen hat fast 17 Millionen gekostet. Der Reichszuschuß für Kaufschon für 1904 beträgt 12^{1/2} Millionen, für die übrigen Kolonien und ihre Verwaltung über 17 Millionen. Post und Telegraphen in den Kolonien, die nicht nur Verkehrs-, sondern gleichzeitig auch Sicherheitszwecken dienen, verbrauchen über eine Million jährlich aus Reichsmitteln, die Unterhaltung der deutschen Kriegsschiffe zur Sicherheit der Kolonien erfordert etwa ebenfalls, die Subvention der Postdampfschiffe erfordert 33,000 Mark. Im ganzen werden ca. 23 Millionen an Mark für die Unterhaltung der deutschen Kolonien im Jahre 1904 gefordert. Alles in allem werden 300 Millionen Mark Reichsausgaben seit Beginn unserer Kolonialpolitik nicht zu hoch gegriffen sein.

Und die Bilanz? Der Handel mit den Schutzgebieten, der dafür Ertrag bieten könnte, beläuft sich in Gesamtsumme und Ausfuhr auf nur 22 Millionen Mark, also im Umlauf auf etwa gerade so viel, wie wir an Verwaltungskosten aufzubringen haben. Die Auswanderung aber — die Entlastung der Ueberbevölkerung in der Heimat, die die Kolonialpolitik sich vor allem bringen sollte, ist fast völlig ausgeblieben. 5000 Deutsche haben im ganzen in den Schutzgebieten Nahrung und Brot gefunden und

auch diese drohen heute, was Südwestafrika anlangt, wieder in Bremen oder Hamburg einzutreffen, wenn ihnen das Reich nicht die Geldsummen zurückerstatet, die ihnen durch den Hererokrieg aus der Tasche gezogen sind, und die den mühsamen Ertrag jahrelanger schwerer Arbeit darstellen. Zu dieser lieblichen Kostenrechnung kommt nun heute noch besonders hinzu, daß es in der kriegerischen Oberleitung in Afrika völlig durcheinander geht. Oberst Bürr soll gar nicht krank sein, er hat sich unbehilflich mit Keutwein über Fragen der Oberleitung entzweit und ist schmolend nach der Heimat zurückgeblieben. Stijffell wird er natürlich „krank“ sein.

Wenn angesichts solcher Mißerfolge auch denen der Geduldsfaden reißt, die sonst nichts von Nervosität in der Politik halten, so ist das wahrhaftig verständlich. Doch wir einen uneren Aufwendungen entsprechenden Kampfsreis von irgend jemand erhalten, dessen Söbe die Gefährdung unseres Vorkrieges völlig unbedeutend, wenn ein Fuß breit deutschen Bodens in fremde Hände gelangt, daran ist leider nicht zu denken. Wir haben keine Gelegenheit, bessere Gebiete dafür einzutauschen. Um so lauter muß das deutsche Volk angesichts der trostlosen kolonialen Nullsumme im Reichstag heute endlich ein klares Programm fordern, das wenigstens für absehbare Zeit die Genähr verpricht, daß unser Geld auf dem Blätchen an der Sonne nicht immer beängstigender zusammenfließt, ohne daß unsere Kolonialpolitik statt einen Schritt aufwärts und dabei nach immer tiefer in den Sumpf hinein gerät.

Deutsches Reich.

Der- und Personalnachrichten.

— Dem „Schwabenschen Merkur“ zufolge wurde dem württembergischen Ministerpräsidenten und Justizminister Dr. v. Reisinger anlässlich seines Besuchs in Württemberg vom Reichsregenten Prinzregent Ludw. das Großkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen.

Eine nationalliberale Reformliste über die Ostasiatische Politik.

Auch in denjenigen nationalliberalen Kreisen, die der Politik der Reichsregierung, insbesondere der auswärtigen Politik des Grafen Bismarck, von jeher ein fast traditionelles Vertrauen entgegenbringen, macht sich angesichts der durch seine offizielle Schatzkammer hinweg abdiskutierten Mißerfolge unserer auswärtigen Politik, wie sie jenseit u. a. das englisch-französische Abkommen gezeigt hat, ein schmerzliches Mißfallen geltend, das in einem „Diplomaten und Staatsmänner“ überschriebenen Artikel des „Dann. Cour.“ einen charakteristischen Ausdruck findet. Das nationalliberale Organ überlegt den Reichsregenten, der sich in seiner olympischen Höhe durch nichts stören lassen will, mit Spott und Hohn. Durch das englisch-französische Abkommen ist, so bemängelt das Blatt, Deutschland in Marokko einfach ausgegallert. Doch wohl aber nicht in Marokko allein, sondern noch in einer ganzen Reihe anderer wichtiger überseeischer Gebiete, hinsichtlich deren zwischen beiden Mächten eine Verständigung erzielt worden ist. Mit bestehendem Spott stillisiert das Blatt alsdann die Stellung unserer Regierung zu dem russisch-japanischen Kriege: „Sind in fernen Osten tobt der Krieg der unbegrenzten Weltmächten. Unser Interesse ist gewahrt, wenn sich

sie bald von den teuren Schindbäckern lassen und auch die gute Literatur kaufen. Mander aber, der sich das nicht nur ein Buch gekauft hat, wird vielleicht durch den außerordentlich geringen Preis dazu veranlaßt — die meisten Bücher der verschiedenen Volksausgaben sind schon für wenige Groschen zu haben — sich dies oder jenes Büchlein einmal anzuschaffen, er wird schließlich dem Bücherlesen Geschmack abgewinnen und so zu einem Bücherkäufer werden.

Schon früher ist ein ähnlicher Vorschlag, aber nur in Bezug auf die Popularisierung von Kunstwerken gemacht worden. Damals wurde zur Gründung einer Vereinigung angeregt, die es sich zur Aufgabe machen sollte, die künstlerischen Bestrebungen mitten ins Volk hineinzutragen, indem sie junge Künstler und Schriftsteller, mit guten Bildwerken versehen, gewissermaßen auf künstlerische innere Mission ins Land sendet.

Eine solche Vereinigung zu schaffen, die durch Kolportage-Betrieb von guten und doch nicht teuren Bildwerken (wie z. B. der Bogliländerischen Künstlervereinigungen, der vom Kunstwart herausgegebenen Meisterbilder- und Künstlermappen u. a. m.) von ebenföhligen Klassikerausgaben und Volksbüchern (genannt Meyer nur einige der bekanntesten Bibliotheken, Herdel, Meyer, Kellam, die Wiesbadener und die Schweizer, die Sammlung Göbels und viele andere mehr) Wissenschaft und Kunst zu popularisieren sollte, sollte nicht allzu schwer sein. Gibt es doch in unserem Vaterlande eine große Anzahl von Vereinen, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, an der Hebung der Volkstultur mitzuarbeiten und die sicher ein solches kulturpolitisches Unternehmen mit Rat und Tat unterstützen würden. Auch eine große Anzahl von Einzelverleibern würden sich wohl für eine betriebsmäßige Vereinigung als Mitglieder gewinnen lassen und sie durch händige Beiträge unterstützen.

Größerer Geldmittel bedürfte diese Vereinigung übrigens nur für den Anfang, da sie bald dazu kommen würde, sich zum größten Teile, wenn nicht sogar ganz, aus sich selbst zu erhalten. Ausgaben würden ihr zunächst nur durch den Betrieb, nicht durch Verkauf der Bücher erwachsen; denn ich bin überzeugt, daß alle die Verleger, von deren Verlagswerken dies oder jenes als geeignet für eine solche Ver-

(Nachdruck verboten.)

Die Kolportage im Dienste echter Volksbildung.

Von W. S. Waage.

Wir besitzen seit langem schon eine ebenso umfangreiche als vorzügliche und wohlfeile populäre Literatur. Eine große Anzahl berühmter Verlagsfirmen hat es sich angelegen sein lassen, durch Veranfertigung von äußerst billigen Volksausgaben der Hauptwerke deutscher und ausländischer Denker und Dichter oder durch wohlfeile Klassikerausgaben die führenden Geister in Wissenschaft und Kunst aller Völker und Zeiten unserem Volke leicht zugänglich zu machen. Durch Herausgabe von vollständigen Darstellungen einzelner Wissenschaftsgebiete hat man dann weiter versucht, die Ergebnisse der Einzelwissenschaften zu popularisieren und neuerdings ist man erfreulicherweise auch dazu gekommen, durch Vereinfachung billiger und doch gediegener Kunstwerke oder guter Reproduktionen von solchen echte Kunst in breitere Schichten unseres Volkes zu tragen.

Und doch — wie verhältnismäßig wenig von all dem Vorstehenden, das da zur Hebung der Volkstultur geflossen wurde, ist wirklich schon ins Volk, in die breiten Massen, für die es doch bestimmt ist, gedrungen! Ein sehr großer Teil unserer Volksgenossen — besonders der in den kleineren Städten und auf dem Lande lebende — hat nie etwas von diesen volkspädagogischen Unternehmen gehört und gesehen, und da sogar an einem Lebensabend, hier und da, soeben an einem geistigen Bildungsstreben, durchaus nicht fehlt. Es bewegt sich nur in falschen Bahnen, weil entweder niemand vorhanden ist, der hierbei wegwandend eingreifen könnte oder weil die dazu Verufenen aus irgend welchen nützlichen Gründen ihre volkspädagogischen Pflichten nach dieser Richtung hin nicht erfüllen. So kommt es denn, daß auch heute noch der Reiz der Schund- und Schauerromanfabrikanten blüht; denn gerade in solchen Gegenden und Volksschichten, in die die gute Literatur zur Zeit noch nicht gedrungen ist, senden diese Seelenverderber mit besonderer Vorliebe ihre Kolporturen.

Ich konnte vor einigen Jahren (es war zu Anfang des Winters) im Laufe eines mehrtägigen Aufenthalts in einem größeren Thüringer Dorfe feststellen, daß ein solcher Schundschriftenkolektor in dem betreffenden Orte und drei anderen zu denselben Kirchspiel gehörigen kleineren Dörfern in zwei Tagen 60 Abonnement auf seine verschiedenen Zehnpiennigst-Romane mit endlosen Fortsetzungen gewonnen hatte. Dabei behauptete der Mann noch, daß er sich nicht einmal besonders angestrengt, da er es zum allergrößten Teile mit alter Kundschaf zu tun gehabt hätte.

Viele Vorschläge sind schon gemacht worden, wie dieser giftvergiftenden Schundliteratur und ihrer Verbreitung am besten entgegenzutreten wäre, aber alle Veruche nach dieser Richtung hin haben nicht die Erfolge gezeigt, die man sich davon versprochen hatte.

Das beste Mittel, gute populäre Literatur und echte Kunst in die weitesten Kreise unseres Volkes zu tragen und dadurch zugleich der Schauerromanliteratur in ihren eigenen Verbreitungsbezirken den Boden zu entreißen, ist meiner Meinung nach daselbst, die Schundromanverleger auch bezuzen, nämlich die Kolportage. Genau so, wie die Zehnpiennigst-Romane von Ort zu Ort, von Haus zu Haus gehen, ihre Ware persönlich vorzeigen und anpreisen, genau so müßten auch Kolporture mit wohlfeilen und doch gediegenen Werken der populären Literatur und der bildenden Kunst im Lande umherziehen, ihre Bücher und Bilder in jedem Hause vorzeigen — hier und da wäre vielleicht auch Gelegenheit, sie in den Schulräumen auszustellen — und so zum Kaufe anregen. Im allgemeinen kann nur dann der Landbewohner ein Buch, wenn es ihm über Preis und Inhalt unterrichtet kann. Wenn aber in das entfernteste und kleinste Dorf, in die entlegenste Hütte die gute Literatur direkt hineingebracht wird und ihre Vorteile den Käufern persönlich geschildert werden, und z. B. der betreffende Kolporteur den Leuten — denn Landbewohner pflegen gewöhnlich sehr zu rechnen — klar macht, welsch unvergleichlich bessere Bücher sie für einen ganz bedeutend niedrigeren Preis als den, den sie für die Kolportageromane zahlen müssen, bekommen, dann werden

nicht in der Tat ein Weltbrand daraus entwickelt. Also halten wir still, wie Gott will. Zwar der Ausdruck der Feindschaften hat uns so überhäuft, wie der Wohlstand des Abkommens in Downing Street: nicht einmal die Spottreden in so reichlich gewohnt worden, daß der Nation ein Recht von ungeschätzten Willkür an Worten hätte erpart werden können. Zutritts; auch in anderen Sammlungen hat man nicht gewagt. Von und unter diesen Sammlungen maglich nicht genannt, wo man im selben Augenblick die Tadel-Exposition vorbreitet, um Aufstand zu erwartende Begebenheiten auszuweisen.

Genau wendet sich das Volk in schärfster Weise gegen die Vertretenseligkeit der Regierung gegenüber der Entwicklung der Dinge in Deutsch-Südwestafrika: „Sundete von Menschenleben, denen das Vorkriegsleben seinen Genuß schuldig war, Millionen an Gütern mußten verloren gehen, um uns gerettet zu finden. Und nun wir endlich gerettet scheinen, machen uns unsere „Siege“ über die Schwärzen zum Geißel der Nationen. In der freien Besichtigungssucht, die die Politik des ewigen Völkern großtut, haben wir den barbarischen Gegner zu gering eingeschätzt oder doch nicht den Wert gesehen, gegenüber dem zu erwartenden Widerstande in der Volkserhebung die Mittel zu fordern, die zum Ziele führen mußten.“

Wohl noch niemals ist in einem nationalliberalen Hause an der Politik der Regierung eine so verheerende Kritik geübt worden, die — leider nicht so leicht zu widerlegen ist.

Die Sozialdemokratie und das Heer.

Der frühere Nationalist, jetzige Sozialdemokrat Dr. Waukenberg hat in Leipzig in einer sozialdemokratischen Versammlung aus „einem schwerer Kampf“ seine Fabel bezogen. Zur Durchführung ihrer Begehren müsse man die Macht im Staat haben. Aber auch die Macht im Staat fände, der müsse auch kämpfen um die Macht in der Armee. Diese geht schließlich die letzte Entscheidung. Darum müsse dem Einzelnen das Gebot über die Armeegemessenheit (1) und dem Parlament überlegen werden, wie er nach Soldaten und Offiziere nicht auf den Kriegsbären, sondern auf die Verfassung zu verweisen sein (2). Die ganze Militärfrage sei eine Frage der politischen Macht; in dieser Erkenntnis dürfe man sich nicht beirren lassen durch Fieber von Vaterlandslosigkeit und dergleichen mehr. — Inzwischen ist kein man dem unternehmenden Herrn nicht gerade vorzuziehen.

Volkswirtschaftliches.

— Statistiken in Preußen um die Mitte April (1 = febr. 2, 2 = mittl., 4 = gerings).

	April 1904	April 1903	April 1902
Winterweizen	2,5	3,3	2,3
Wintergerste	2,2	2,5	2,2
Winterroggen	2,6	3,0	2,3
Ries	2,3	2,7	2,7
Wegweizen	2,9	2,7	2,8
Weizen	2,5	2,7	2,7

Die wegen Wintermangel, Mädelchensch, Schneekraus und dergleichen ungenügende Fläche beträgt in Hundertteilen des Anbaues bei

	April 1904	April 1903	April 1902
Winterweizen	0,41	17,09	0,15
Wintergerste	0,37	2,16	0,09
Winterroggen	0,30	1,02	0,78
Ries	1,58	1,02	0,78
Wegweizen	0,59	1,02	0,78

In den Bemerkungen der „Statistischen Korrespondenz“ heißt es, der Winter sei nicht trüb, noch mit viel verfallen. Nur die Monate Dezember und Januar, sowie einige Tage im Februar hätten trocken sein müssen. Schnee hätten in größeren Mengen nur die Gebirge, weniger das Flachland erhalten; hier seien die Felder erst Ende Februar mit Aufbruch März auf kurze Dauer vom Schnee bedeckt gewesen. Während im März auf die kalten Tage in den meisten Gegenden mildes, sogar ziemlich warmes, trockenes Wetter folgte, sei die Regenperiode, hervorgerufen die Mädelchensch, von übermäßigen Niederschlägen betroffen. Mit April sei allseitig wieder Winter eingetreten, später seien zwar Regenreicher bei kaltem Wetter wieder eingetreten. Trotz der mangelnden Schneedecke habe der Frostschon keinen bedeutenden Schaden angerichtet. Mit Verheißung wenigsten Ausnahmen werde berichtet, daß die Saaten gut durch den Winter gekommen seien. Daß sich das Wachstum früher als gewöhnlich zeigte, habe Beforscher kaum erwartet, da, wie allgemein erwartet, mit Eintritt wärmeren Wetters alles gut gehen werde.

Die Weizenarten, welche zum größeren Teile wegen

breitung in weiteisen Volkstreffen angesehen wird, deren bereit sein werden, mit Rücksicht auf die Möglichkeit eines bedeutenden Abfanges, gegen Genährung der im Verkehr zwischen Verleger und Buchhändler üblichen Prozedere eine größere Anzahl der betreffenden Bücher dem Vereine in Kommissionsvertrieb zu geben. Es würde dann einfach monatlich oder vierteljährlich zwischen dem Vereine und den Verlegern abgerechnet und die nicht verkauften Bücher würden an die betreffenden Verleger wieder zurückgegeben oder auf neue Rechnung übernommen werden.

Unvermeidliche Ausgaben würden entstehen erstens durch die notwendige Errichtung eines Geschäftsbüros und Sekretariats, das die gesamten Korrespondenzen und Geschäfte des Vereines besonders in Verkehr mit den Verlegern einerseits und den Kolporteurs andererseits zu führen hätte. Der Kolporteurwesen wegen wäre es ratsam, dem Geschäftsbüro für den Anfang genügt ja dazu ein Zimmer — in die Wohnung des mit der Geschäftsführung beauftragten — mit ein paar Stunden im Anbaur nehmen dürfte, konnte das Amt eines Geschäftsführers als Nebenamt vergeben und dementsprechend auch bezahlt werden. Alle große Unkosten würden durch die Errichtung eines solchen Geschäftsbüros nicht erwachsen. Etwas höher als die Ausgaben für dieses selbst würde wohl die Summe der Ausgaben sein, die durch Betroschlagen für den Bezug der Bücher von Verleger, dann durch Weiterverkauf an die Kolporteurs und besonders durch die aus dem Vermitteln der Kolporteurs sich ergebenden Transportkosten für die ihnen zum Verkauf überlassenen Bücher und Bilder entstehen. Am meisten würde das Ausgabenkonto aber belastet werden durch die Summe der den Kolporteurs zu gewährenden Minimalentlohnungen. Ich denke mir nämlich die Sache so, daß den Kolporteurs ein bestimmtes Mindestentlohnung garantiert und ihnen außerdem noch von dem durch sie erzielten Umsatz etwa 10 Proz. als Vergütung gewährt werden. Wenn der Verein seine Tätigkeit z. B. mit sechs Kolporteurs beginnen würde und jeder von diesen einen durchschnittlichen Jahresumsatz von 6000 M. erzielte, so wäre das ein Gesamtumsatz von 36.000 M.; nehmen wir weiter an, daß die Verleger dem Vereine den Durchschnitts-

später Bestellung mangelfalt in den Winter gekommen seien, hätte Verleger einen Schaden durch Frostfröhen davongetragen. Der geringere Bestand in den südlichen Gegenden werde aber durch den besseren in der westlichen Staatshälfte ausgeglichen. Dagegen hätten die Kolporteurs, welche infolge zeitigerer Bestellung meist fruchtbar seien, weniger durch Frost als durch die Schädlinge, besonders Käfer, Kricken und Schaben, gelitten. Die Winterzeit sei indes zu dem besten Einkommen berechnend. Weniger günstig als die Sommerzeit sei der Winter, dessen Abnahme während des Winters nicht allein durch Frostfröhen, sondern mehr durch Mangel an Futter bedingt sei. Die Luzerne habe im allgemeinen den Winterbestand behauptet. Heber die Äcker werde zunächst berichtet, daß sie nach dem Frostfröhen, das noch vielmehr noch eine große Rolle spiele. Sie hätten vielfach unter Wasser. Jedoch sei der Zustand kein ungenügender, und die Erhaltung der Ertragsmengen dürfe noch nicht ungenügend. Die Sommerbestellung sei infolge der neuen Witterung der letzten Wochen im allgemeinen sehr im Rückstand, in den Provinzen Ost- und Westpreußen kaum begonnen; nur in Brandenburg, Schlesien und Sachsen sei man mit wenig Ausnahmen bis auf die Hälfte fertig. Aus demselben Grunde hätten die meisten ansehnlichen Flächen noch nicht umgeändert werden können. Der Umfang der Neubestellungen werde sich erst im nächsten Monate mit einiger Sicherheit feststellen lassen; bis dahin dürften sich, sofern bald wärmere Witterung einträte, manche scheinbar abgeleitete Pläne wieder erholen.

Der Senat von Hamburg hat der Bürgerrecht eine Antrag ausgeben lassen betreffend die Erbauung eines Tunnels unter der Elbe zwischen St. Pauli und der Scharnhorst-Eisenwärd. Die Kosten werden auf 8.200.000 M. veranschlagt. — Der Antrag des Senats auf Bewilligung eines Staatskredits von 10.000 M. an den Hamburger Rentklub wurde von der Bürgerrecht abgelehnt.

Verwaltung und Rechtspflege.

— Die „Nord. Allg. Ztg.“ meldet: Nachdem im Sudan am 1. August v. J. der allgemeine Pächtervertrag eingeführt worden ist, sind die Bevollmächtigten für das Recht erweitert worden, daß die Sudanregierung sich das Recht vorbehält, mittellose oder unzulässigen Fremden, wenn sie keinen Fuß besitzen, den Eintritt in ihr Gebiet zu verweigern oder, wenn sie sich bereits im Lande befinden, auszuweisen. Mit Personen, die mit einem der bekannten Mordbrennen reisen, finden diese Bestimmungen keine Anwendung.

Parlamentarisches.

— Das Abgeordnetenhaus wird in diesem Jahre weit länger als sonst tagen müssen; die Regierung beabsichtigt, es bis in den Juli hinein arbeiten zu lassen! Die Finanzkassen sollen am 22. Mai ihren Anfang nehmen und bis etwa zum 10. Juni dauern. Auf Juangriffnahme der Lotterievorgabe vor Pfingsten wird nicht geteilt; die erste Zahlung der wasserwirtschaftlichen Vorlage wird ca. fünf Arbeitstage im Anbaur nehmen.

Die Verfassungskommission der Zweiten Kammer hat am Mittwoch bezüglich des Abstreifens eines Gesetzes folgende Beschlüsse gefaßt: Der Reichstag der Abgeordneten sollen drei Abgeordnete in die Erste Kammer gewählt werden. An der Wahl eines Vertreters der Arbeiterkammer zum Ersten Kammer wird festgehalten. Die von dem Großherzog in die Erste Kammer zu berufenden Mitglieder sollen nicht mehr als sechs an Zahl betragen. Die Zahl der Abgeordneten der Zweiten Kammer soll 73 betragen. Es wird dem Entwurf einer neuen Wahlreform in der ersten Kammer geteilt werden. Die Wahl mehr als eines Abgeordneten zu wählen, soll das Proporzionsprinzip eingeführt werden. Im zweiten Kammer wahlberechtigt zu sein, soll die Staatsangehörigkeit ein Jahr gedauert haben. Wenn der Wahlberechtigte, trotz rechtzeitiger Wohnung und ohne Stundung erlitten zu haben, den Wahlakt der Wahlberechtigte mit dem Gewissen gemacht werden. Die allgemeine Steuerpflicht gegenüber dem Staat oder der Gemeinde obliegenden Steuer im Verhältnis zu, soll die Vergütung des Wahlrechts sein. Bezüglich des Budgetrechtes hat die Kommission an den früheren Beschlüssen fest.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

(Eigenbericht der „Sante-Bl.“)
57. Sitzung vom 20. April, 11 Uhr.
Am Ministertisch: **Dr. v. Rheinb. v. Schöenfeld**
Der Etat der auswärtigen Angelegenheiten wird in zweiter Lesung ohne Debatte angenommen, ebenso

der Reichsfinanzetat von 33 1/2 Proz. gewachsen würden, so hätte der Verein 12.000 M. verdient. Von diesen 12.000 M. wären dann die gesamten Unkosten zu decken und könnten aus davon gedeckt werden.

Daß übrigens die Kolporteurs eines derartigen Unternehmens in Anbetracht der Aufgaben, die sie zu erfüllen haben, keine ungebildeten Menschen, wie es heutzutage die meisten Kolporteurs sind, sein dürfen, ist selbstverständlich. Die Kolporteurs eines solchen Vereines müssen die Buch- und Bildwerke, die sie vertreiben, selbst studiert haben, um den Käufern darüber kurze Notizen geben zu können, sie müssen einen künstlerischen und literarischen Geschmack und vor allem auch eine gewisse pädagogische Beratung, um die einfachen Leute bei ihren Buchkäufen beraten zu können. Woher soll der Verein diese Kolporteurs nehmen? Nun, ich bin wie Dreismann in dem früher schon angeführten Artikel der Überzeugung, daß sich eine ganze Anzahl von gebildeten jungen Leuten, angehende Künstler und Schriftsteller, gern auf einige Zeit diesem sozialpädagogischen Unternehmen zur Verfügung stellen werden, weil sie — ganz abgesehen von dem bescheidenen Einkommen, das diese selbstbildnerische Tätigkeit ihnen gewähren kann — vor allem dabei eine selten gebotene Gelegenheit finden, die verschiedenen Landschaften und Volksschichten, Sitten und Gebräuche im deutschen Vaterland aus eigener Anschauung kennen zu lernen und vielleicht die Großstädter meist unbekanntem Tode der Volkseele. Das sind alles Vorteile, die der angehende Schriftsteller oder Künstler sehr zu schätzen weiß und die deshalb auch auf eine größere Zahl von solchen jungen Leuten zugängig wirken werden.

An Personen, die den Kolportagebetrieb übernehmen, wird also kein Mangel sein. Bleibt demnach nur die Sorge um Herbeischaffung der nötigen Geldmittel. Sollte es nicht möglich sein, diese durch die Mitgliedsbeiträge einer zu diesem Zwecke zu gründenden Vereinigung aufzutreiben? Wer hilft nicht eine derartige Vereinigung, die nicht nur auf Unterstützung von seinen einzelnen Personen, sondern auch von Seiten aller Vereine und Gesellschaften mit selbstbildnerischer Tendenz rechnen dürfte, ins Leben zu rufen? —

nach kurzer Debatte, die sich um das historische Institut in Nordbr., der Etat der

Statistik.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs über die

Zentralstatistik der größeren Amtsgerichte.
Nach § 1 teilt die Aufsicht über die Amtsgerichte mit mehr als 15 Richtern einem Amtsrichter, der den Titel Amtsgerichtsdirektor führt und das Gehalt eines Amtsgerichtsdirektors bezieht.

Nach § 2 erleiht sich das Recht der Aufsicht des Amtsgerichtsdirektors auf alle bei dem Amtsgericht angestellten oder beschäftigten Beamten.

Die Kommission hat § 1 unverständlich gelassen. Dagegen § 2 geteilt, also den Amtsgerichtsdirektoren das Aufsichtrecht, nicht aber das Disziplinarrecht gegeben.

Nach § 3 findet auf die Vertretung der Amtsgerichtsdirektoren die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Amtsgerichtsdirektoren in Berlin laut.

Die Kommission hat diesen Paragraphen dahin abgeändert, daß nach ihm den Landesgerichtspräsidenten der den Amtsgerichten in 15 Richtern untergeordneten Landesgerichte das Disziplinarrecht (Erteilung von Rügen) über die Amtsrichter dieser Gerichte zuteilt (wie Belgien).

Die Kommission (fr. Belg.) beantragt im Falle der Ablehnung der Kommissionsfassung folgende Fassung:

Bei den mit mehr als 15 Richtern versehenen Amtsgerichten steht das Recht der Aufsicht einem Amtsrichter zu, der den Titel Amtsgerichtsdirektor führt und das Gehalt eines Landesgerichtsdirektors bezieht.

Weiter an Stelle der §§ 2 und 3 zu bestimmen, daß die Bestimmungen des Gesetzes betreffend die Führung der Aufsicht beim Amtsgericht in Landgericht in Berlin in den neuen Amtsgerichtspräsidenten entsprechende Anwendung finden.

Abg. Veltjoh (fr. W.) begründet seinen Antrag, der besagt, daß Aufsicht und Disziplinarrecht bei den ganz großen Amtsgerichten in eine Hand zu legen.

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, in seiner Fassung seien drei Aufsichtsberechtigten, die eine für die Kommissionsfassung, die andere für die Regierungsvorlage und die dritte für den Antrag Veltjoh.

Abg. Dr. Krause (nl.) wendet sich gegen die schematische Regelung des Gesetzes und erklärt, ein Bedürfnis für ein Gesetz über überhaupt nicht nachgewiesen. Wenn eine Entlastung der Landesgerichtspräsidenten wirklich notwendig sein sollte, dann würde sie am besten durch Abnahme des Antrages Veltjoh gelöst werden. Die Vorlage habe eine große Erregung in Richterkreisen hervorgerufen.

Abg. Veltjoh (fr. W.) Die Kommission hat dem Amtsgerichtsdirektor das Recht der Rüge, das die Regierungsvorlage geben wollte, wieder genommen. Dadurch wird ja eigentlich der ganze Zweck des Gesetzes, die Entlastung der Landesgerichtspräsidenten, wieder illusorisch gemacht. Aber auch ein Gesetz, das nicht geeignet, diesen Zweck zu erreichen. Es begünstigt nur einseitig einige Landesgerichtspräsidenten, die tatsächlich etwas entlastet werden, während andere, die noch mehr belastet sind, davon gar keinen Vorteil haben. Die kleinen Amtsgerichte bedürfen eigentlich mehr der Aufsicht, als die großen. Man muß auch mehr Rücksicht auf die Stellung der ganz großen Räte des Antrages Veltjoh.

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, die Regierungsvorlage sei gegen die Vorlage, man dürfe die Landesgerichtspräsidenten nicht von dem entlasten, was ihre eigentliche Lebensaufgabe sei, die Kontrolle über die Amtsgerichte.

Abg. Veltjoh (fr. W.) führt aus, auch in der Kommission sei ihm die Notwendigkeit des Entwurfs nicht nachgewiesen worden. Der Entwurf würde auch eine unerwünschte Disziplinierung der Richter bewirken, es würde dann Richter erster und zweiter Klasse geben.

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, die Regierungsvorlage noch die Kommissionsfassung findet die Zustimmung der Mehrheit des Hauses. Dieses ist im wesentlichen, was ich auch in der Debatte über die Vorlage, so ist mir ein Bedürfnis von Rechtskonsulten in diesem Sinne nicht bekannt. Der Vorstand der Rechtsanwaltskammer in Halle kann einen Beschluß gegen diesen Entwurf nicht gefaßt haben, wie behauptet worden ist, denn er würde eine Beschluß über die Vorlage haben. Ich kann nur bedauern, daß dieser Entwurf keinen Beschluß findet. Die Erregung in Richterkreisen will ich als Tatsache annehmen, ihre Verdrängung erregt ich nicht an. Wenn die Vorlage Gesetz geworden wäre, wäre nach einem Bericht von einer solchen Erregung nicht mehr zu trennen gewesen. Der Antrag Veltjoh halte ich nicht für unannehmbar. Auch er würde immerhin eine Befreiung des bestehenden Zustandes bewirken. Allerdings kann ich auch noch nicht namens der Staatsregierung erklären, daß sie diesem Antrage zustimmen würde.

Im Schlußantrag wird angenommen.

Es folgt die Wahlkommission.

§ 1 in der Regierungsvorlage wird gegen die Stimmen eines Teils der Konservativen abgelehnt, ebenso § 2 in der Kommissionsfassung und in der Regierungsvorlage.

Der Antrag Veltjoh zu den §§ 1, 2 und 3 wird gegen die Stimmen des Zentrums und der rechtsrheinischen Volkspartei abgelehnt. Die übrigen Paragraphen des Gesetzes nebst Anlage in der Einleitung werden abgelehnt.

Der Gesetzentwurf wegen Abnahme des Gesetzes betreffend die Regelung der Richterwahl wird ohne Debatte in zweiter Lesung mit einem Zusatz Veltjoh angenommen, der an Stelle des Wortes „Amtsgerichtsdirektoren“ das Wort „Amtsgerichtspräsidenten“ setzt (entsprechend dem Antrag Veltjoh zum oben erzielten Gesetzentwurf).

Nach dem Entwurf sollen sämtlich die Mitglieder der Senatspräsidenten der Oberlandesgerichte, der Landesgerichtsdirektoren und der Amtsgerichtspräsidenten nach Altersstufen geregelt werden.

Es folgt die zweite Beratung des Justizetats.

Die Kommission hat beantragt, an Stelle von 11 Staatsanwaltschaften mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Abg. Veltjoh (fr. W.) erklärt, es sei bei den Vorschlägen der Regierung vorzuziehen, wenn auch der Antrag der Kommission Staatsanwälte mit einem Einkommen von 5400 bis 7200 Mark und je 900 Mark pensionsfähiger Gehaltszulage nur 5 zu bewilligen, dafür aber um die 6 getriebenen Stellen der Stellen der Staatsanwälte mit einem Gehalt von 3000 bis 6600 Mark zu vermindern (von 327 auf 333 Stellen).

Die Staatsanwaltschaft, die an der Reihe sind, häufig an Landgericht übergeben, und an andere hohe Richterstellen kommen. Man hat sogar von einer Verurteilung der Staatsanwälte deshalb gesprochen. Eine solche Verurteilung findet aber tatsächlich nicht statt. Die jungen Richter scheinen sich vielmehr wegen der schlechten Zustände, Staatsanwalt zu werden. Eine Verurteilung würde der hier von der Regierung gemachte Vorbehalt in etwas herbeiführen.

Abg. Biret (H.) erklärt, daß seine Freunde die Regierungsvorlage bei den nächsten Sitzungen vorlegen.

Abg. Kellatich (H. Vg.) tritt für den Kommissionsantrag ein; die geborenen Staatsanwaltschaften können erst dann bewilligt werden, wenn geborene Richterstellen geschaffen seien. Er verweise nicht die Bedeutung der Staatsanwaltschaft, aber die Richter hätten den gleichen Anspruch auf Beförderung.

Abg. Gylling (H. Vg.) hält die Vorlage der Regierung für nicht genügend begründet und empfiehlt Annahme des Kommissionsbeschlusses.

Abg. Aeil (H.) Meiner Freunde sind nicht in der Lage, für die Vorlage der Regierung einzutreten. So lange nicht die richterlichen Beamten mit den Verwaltungsbeamten gleichgestellt sind, können wir nicht eine beliebige Gruppe von Juristen beauftragen und ihnen eine Zulage gewähren. Wir werden daher zunächst für die Kommissionsvorlage stimmen und die Regierungsvorlage ablehnen.

Abg. v. Verbell (H.) erklärt, daß seine Freunde bereit seien, den Vorbehalt der Regierung auszusprechen, obwohl die Ergänzungen dadurch nicht verschoben, sondern sogar noch komplizierter würde. Die Vorläufe der Kommission seien nicht glücklich.

Minister Schöndert erklärt nochmals um Annahme der Regierungsvorlage.

Hierauf wird zur Abstimmung geschritten.

Für die Kommissionsvorlage stimmen Zentrum, National-Liberale, Freiwilrige und Polen, dagegen die beiden konservativen Parteien.

Das Bureau findet über das Ergebnis der Abstimmung zweifelhaft. Es scheidet deshalb Auslösung (Gemeinsprache) aus.

Die Auslösung erfolgt die Anwesenheit von nur 169 Abgeordneten, von denen 98 mit Ja, 71 mit Nein stimmen.

Das Haus ist also nicht beschlußfähig, und die Sitzung muß daher abgebrochen werden.

Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr (Stell des Orts und Platzgebend).

Schluß 9 1/2 Uhr.

Ausland.

Der Eisenbahnerstreik in Ungarn.

Im Abgeordnetenhaus erklärte Handelsminister Dr. v. Sieroni in Bezug auf den Zustand der Eisenbahngesellschaften, die erste Hälfte der Regierung sei, den Verkehr aufrecht zu erhalten; man sei deshalb bereit, die Ausständigen, falls sie unverzüglich zu ihrer Pflicht zurückkehrten, wieder aufzunehmen; sollten sie jedoch nicht geneigt sein, den Dienst wieder aufzunehmen, werde die Regierung Mittel finden, den Betrieb nichtsehrweitweniger ohne Störung abzuwickeln. (Beifall rechts).

Der Bahnverkehr von und nach Budapest ist auf einer ganzen Reihe von Strecken eingestellt. Die Provinz Delegationen der Eisenbahngesellschaften zu einer hier stattfindenden Versammlung ein. Ein Teil derselben wurde bei ihrem Eintreffen verhaftet. Die Bahnhöfe werden von Militär und von der Polizei bewacht, um eine etwa beabsichtigte Zerstörung des Bahngeländes zu verhindern. Die Ausständigen haben eine Abordnung zum Ministerpräsidenten entsandt und machen für weiteres Verhalten von der Antwort abhängig, welche sie von ihm erhalten wird. Die Lebensmittel steigen im Preise.

Weitere 500 Eisenbahngesellschaft sind verhaftet worden. Sie waren aus Rumänien eingetroffen. Die Arbeiter in den Werkstätten des Bahnhofs erklärten sich mit den Ausständigen solidarisch. Noch einer polizeilichen Mitteilung bedingten sich 750 Angestellte in Bator-Wag an dem Streik und leiteten ihn hierher. Bei ihrer Ankunft wurden sie von der Polizei in Empfang genommen. Ein Strafverfahren ist eingeleitet worden. Die Nachtverbindung zwischen den Stationen Budapest-Warabeg und Budapest-Bolna ist unterbrochen, da die Ausständigen die Telegraphenpost demonstrieren haben.

Der Verkehr von Wien nach Ungarn ist nur noch mit Dampfboot und über die Seidbahnlinie möglich.

Aus dem englischen Unterhause.

Im Unterhause fragte Sir John Lubbock (kont.) die Regierung, ob sie unterrichtet sei über irgend ein fähig getroffenes Abkommen betreffend Marokko zwischen Frankreich, Spanien und Deutschland, oder zwischen Frankreich und Spanien; ferner ob die Regierung unterrichtet sei von dem Wesen eines Abkommens zwischen Frankreich und Spanien, in welchem die spanische Verpflichtung eingehet, auf Verlangen Deutschlands einen Hofen an der atlantischen Küste Marokkos zu besetzen. Der Ministerpräsident Balfour erwiderte: Wir haben keine Information, die uns sagen könnte, an die Existenz irgend eines Abkommens zwischen Frankreich und Spanien, wonach die spanische Verpflichtung eingehet, in gewissen Fällen ihre militärische Verpflichtung eingehet, auf Verlangen Deutschlands einen Hofen an der atlantischen Küste Marokkos zu besetzen. Der Ministerpräsident Balfour erwiderte: Wir haben keine Information, die uns sagen könnte, an die Existenz irgend eines Abkommens zwischen Frankreich und Spanien, wonach die spanische Verpflichtung eingehet, in gewissen Fällen ihre militärische Verpflichtung eingehet, auf Verlangen Deutschlands einen Hofen an der atlantischen Küste Marokkos zu besetzen.

Der Minister des Innern Douglas brachte eine Vorlage betreffend die Erteilung von Lizenzen für den Verkauf bestimmter Getränke ein. Danach soll in Fällen, wo die Erneuerung einer Lizenz infolge Verringerung der Weinsteuer verweigert wird, der Inhaber der Lizenz aus einem Fonds entschädigt werden, der durch eine abgetretene Steuer auf die konsumierten Waren zu bilden ist. Die Entscheidung der Behörden, nach der eine Lizenz aus irgend welcher Ursache verweigert wird, Bestätigung durch das Obergericht. Die erste Fassung der Vorlage betreffend die Erteilung der Lizenzen für den Verkauf von bestimmten Getränken wurde mit 314 gegen 147 Stimmen angenommen.

Am 1. April erklärte Unterstaatssekretär des Innern Lord Curzon in der Unterhause, daß die Rechte in Bezug auf 15. d. M. angeht, und daß die Rechte in Bezug auf 15. d. M. angeht, und daß die Rechte in Bezug auf 15. d. M. angeht.

Oesterreich-Ungarn.

Im Abgeordnetenhaus wurden nach wörtlicher Belegung des Eintrags acht namentliche Abstimmungen vorgenommen. Das Haus hat dann die Beratung des jugoslawischen Dringlichkeitsantrages Dvorak betreffend die Ausgestaltung der tschechischen Hochschulen in Prag und Brünn fort.

Abg. Venafil erklärt, die Intellektuellen protestieren gegen die geplante Errichtung einer tschechischen Hochschule in Rovereto; sie beharren auf dem Wunsch der Errichtung einer tschechischen Universität in Triest. Abg. Rozak tritt ein für die sofortige Behebung der Mißstände, sowie für die Ausgestaltung der tschechischen Technik in Triest. Er begründet die Forderung nach der Errichtung einer tschechischen Universität in Triest und protestiert gegen die Errichtung der Wiener Hochschule, welche sich gegen tschechische Hochschulen wenden. Rozak erklärt, daß die Tschechen sichhalten an dem Standpunkte, daß den Tschechen bezüglich Schaffung anderssprachiger Universitäten kein Vetorecht zuzufle. Die nächste Sitzung findet Sonnabend statt. Freitag nachmittag wird eine außerordentliche Sitzung beauftragt. Die Delegationen werden abgehalten werden. Eine Interpellation Eisenbachs betreffend Errichtung eines Zeitungs für Rovereto ist eingereicht worden.

Der Rektor der Universität hat eine Kundgebung an die Studierenden erlassen, in welcher der deutsche Charakter der Wiener Universität betont und entschieden erklärt wird, jedem Verlechte entgegenzutreten, der darauf abzielt, diesen Charakter zu verletzen. Der die Univer. für Wien bezieht, übernehme die Pflicht, diesen ihren deutschen Charakter anzuweisen und zu wahren. Der akademische Senat erwartet, daß die Studentenschaft sich nimmermehr vertrauensvoll und willig allen Anordnungen der akademischen Behörden fügen werde. Sollten die Studierenden die Ruhe und Ordnung an der Universität stören, so würden die strengsten Strafen, nötigenfalls Verweisung von allen österreichischen Universitäten, verhängt werden.

Belgien.

Die „Globe Belge“ meldet wurde in Antwerpen der Privatsekretär des Grafen von Lathau unter der Aufsichtnahme des Oberstaatssekretärs in seinem Koffer

wurden viele Schmuckstücke und andere Wertgegenstände vorgefunden. Der Verhaftete ist geflüchtet.

Bulgarien.
Die „Agence Telegraphique Bulgare“ meldet: Die Nachricht, Bulgarien habe verhandelt, im Hinblick auf eine Militärvorvention zu erreichen, ist durchaus richtig. Bulgarien hat niemals den Abschluß einer solchen Konvention vorgezogen.

Standesamtliche Nachrichten.

Standesamt Halle N. (Marktstraße 38), 20. April.
Angehoben: Universitäts-Professor Dr. phil. Karl Seidmann u. Hedwig Genschler (Gärtnerstr. 7 u. Bettnerstr. 18).
Geboren: Schuhmacher August Schur S., Herbert (Gartenstraße 37), Reiner Heinrich Bartels S., Walter (Adolfstr. 4), Bahnbauarbeiter Wilhelm Wipplinger T., Charlotte (Bettnerstr. 13), Fabrikarbeiter Max Jandke T., Emma (Gabelbergstr. 3).
Geboren: Musikschullehrer Max Gottig S., Fritz, 1 W. (Gartenstr. 42), Klempner Hermann Schilling (Gartenstraße 37), gebr. Peter, 72 J. (Gartenstr. 35), Max Franz Reichenberg S., Veria, 12 J. (Schubertstr. 2), Walter Willy Wobig, 20 J. (Schubertstr. 32), Schneidermeisters Gustav Große T., Frieda, 1 J. (Gartenstr. 3), Friedrich Heinrich Groß, 24 J. (Trotzstr. 59), Hedwig Agnes Wittacher, 52 J. (Berlinerstr. 31), Bergmeister Wilhelm Ernst (Gartenstr. 11), Bahnarbeiter August Knap, 56 J. (Wobigstr. 11), Bahnarbeiter August Knap, 51 J. (Gartenstr. 26).

Standesamt Halle S. (Sieloweg 2), 20. April.
Angehoben: Bahnarbeiter Alwin Seiler u. Anna Appentodt (Zuchtstr. 4 u. Zuchtstr. 34), Walter Verwardt Bauer u. Helene Wiedenbein (G. Wallstr. 40 u. Wobigstr. 5), Kupferstecher Karl Graber u. Martha Nagel (Schleierstr. u. Streiberstr. 18).
Geboren: Glaser Paul Wehrhach S., Hans (Wobigstr. 4), Handarbeiter Karl Böttcher T., Anna (Dywanbergstr. 29), Handelsmann Josef Müller S., Alfred (Wobigstr. 4), Fritz, 1 J. (Gartenstr. 3), Friedrich Heinrich Groß, 24 J. (Trotzstr. 59), Hedwig Agnes Wittacher, 52 J. (Berlinerstr. 31), Bergmeister Wilhelm Ernst (Gartenstr. 11), Bahnarbeiter August Knap, 56 J. (Wobigstr. 11), Bahnarbeiter August Knap, 51 J. (Gartenstr. 26).

Auswärtige Anarbeit.
Geldschreiber Karl Fandte u. Emma Kluge (Halle u. Schwes). Arzt Dr. med. Hans Ritter u. Anna Kraft (Craben u. Haberleben). Schneider Friedrich Nische u. Ernestine Baur (Weißig u. Halle).

Forman - vorzügliches Schreibmittel!

Wir bitten, in Freundes- und Bekanntenkreisen für die Verbreitung unseres Blattes tätig zu sein, und insbesondere in den Hotels, Cafés und Restaurants, speziell aber auch auf den Bahnhöfen stets unsere „Saale-Zeitung“ verlangen zu wollen.

Ca. 13500 Meter
reinwollene Mousselines,
bestes Fabrikat, prima Qualitäten in nur hervorragend schönen Dessins,
das Meter **58** Pfg. u. **65** Pfg.

Ein Posten
Seiden-Foulard
in modernen Bomben- und Fantasiemustern, extra breit,
das Meter **58** Pfg.

Ein Posten
Blusen-Voiles,
feine Qualitäten in entzückenden Farbenstellungen,
das Meter **25** Pfg.

Halle a. S. **Geschäftshaus J. Lewin** Marktplatz 2 u. 3.
Größtes Kaufhaus der Provinz Sachsen.



